

Moderne Sklavenarbeit in der europäischen Landwirtschaft : Illegalität und Ausbeutung

Autor(en): **Brodal, Sissel**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **26 (2006)**

Heft 51

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652590>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Moderne Sklavenarbeit in der europäischen Landwirtschaft

Illegalität und Ausbeutung

Die konservative Schweiz ist heute zur Vorreiterin im Abbau der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und – wie die jüngsten Abstimmungen zu Asyl- und Ausländergesetz zeigen – in der institutionalisierten Ausländerfeindlichkeit geworden. Eine solche Politik wird auf Dauer schwerwiegende Folgen haben. Dazu muss man nur einen Blick über die Grenzen werfen. Nach der Zerstörung der kleinen Bauernbetriebe bleibt im EU-Raum nur noch eine intensive Lebensmittelproduktion übrig, die ohne die rücksichtslose Ausbeutung vom Mensch und Natur nicht auskommt.

Europa ist ein Flickenteppich, wo jede Gegend einige wenige landwirtschaftliche Spezialitäten anbaut. Ein Landwirt kann alleine mit seinen Traktoren und Geräten Hunderte von Hektaren und Getreide oder Rüben bestellen, ist aber abhängig von staatlichen und/oder EU-Subventionen, um seinen finanziellen Verpflichtungen nachkommen zu können. Nur Obst- und Gemüseproduzenten erhalten keine Zuschüsse. Ihre Einkommen hängen von der Ernte ab, diese wiederum von den klimatischen Bedingungen. In der Erntezeit benötigen sie viele arbeitswillige und anspruchlose Menschen, die dann zur Stelle sein müssen, wenn sie gebraucht werden. Die grössten Anbaugelände von Wintergemüse liegen im Süden Europas, wo die Sonne eine unerschöpfliche Ressource ist. Wenn es heute in ganz Europa normal ist, im Winter unbeschränkt Tomaten und Auberginen essen zu können, so hängt dies damit zusammen, dass diese Anbaugelände an den Grenzen Europas zu Afrika liegen.

Als Abnehmer von frischen oder verarbeiteten landwirtschaftlichen Produkten sind die grossen Supermarktketten heute Alleinherrscher. Sie vertreiben etwa 80 Prozent der Lebensmittel in Europa. Alle Zwischenhändler sind abgeschafft. Die Supermärkte diktieren die Lieferbedingungen und die Preise. Wollen sie Waren sofort haben, muss sofort geliefert werden. Gefällt ihnen die bestellte Ware nicht, zahlen sie nicht. Sind sie mit einem Produzenten nicht zufrieden, wird er ausgewechselt – es gibt genug andere. Die landwirtschaftlichen Produzenten sind zu Subunternehmern der Supermärkte geworden. Die Konkurrenz ist enorm, sie müssen möglichst billig produzieren. Die einzigen Ausgaben, die sie beeinflussen können, sind die Lohnkosten. Je niedriger die Löhne, desto billiger kann geliefert werden.

Almeria – der Wintergarten Europas

In El Ejido, einem der Zentren der Gemüseproduktion in der Provinz Almería in Andalusien, kam es im Februar 2000 zu tagelangen rassistischen Ausschreitungen, vor allem gegen marokkanische Landarbeiter. Durch die Medienberichterstattung und Solidaritätsaktionen wurde plötzlich sichtbar, dass ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen ohne jegliche Rechte im Winter Treibhausgemüse für den Konsum von jährlich zehn Kilo pro Kopf der gesamten europäischen Bevölkerung produzieren. Rechts und links von der andalusischen Autobahn, Durchzugsgebiet für sonnenhungrige Nord-Europäer, erstreckt sich ein Plastikmeer von fast 40'000 Hektaren bis zum Mittelmeer. Die trockene, steinige Gegend war früher sehr arm. Die Bauern hatten wenig Land und mussten zum Teil als Wanderarbeiter im In- oder Ausland dazuverdienen. Die intensivere Bewirtschaftung hat mit der Nutzung der grossen Grundwasserreserven in den 60er Jahren angefangen, zuerst mit Hilfe der Familienmitglieder, dann mit spanischen Landarbeitern, die in Andalusien noch heute sehr zahlreich sind.

Durch das Eintreten Spaniens in die EU im Jahr 1986 machten hohe Agrar-Zuschüsse es möglich, die landwirtschaftliche Produktion und den Vertrieb gewaltig zu steigern. Die Provinz Almeria erlebte einen rasanten Aufschwung. Durch die rasch expandierenden europäischen Supermarktketten wurde der Konsum von Frischgemüse aus dem Süden stark gefördert. Die Nachfrage war gross und der Bedarf an Arbeitskräften dementsprechend. Die Stadt El Ejido – und sie ist kein Einzelfall – wuchs von 1'000 Einwohnern im Jahr 1969 auf jetzt etwa 60'000 Einwohner an, die vielen illegalen Ausländer und Ausländerinnen nicht mitgerechnet. Durch lange Kämpfe hatten die andalusischen LandarbeiterInnen, nebst anderen Errungenschaften, das Recht auf Arbeitslosenunterstützung durchgesetzt. Sie mussten nicht mehr von Ernte zu Ernte in ganz Spanien und im Ausland umherziehen und miserable Lohn- und Arbeitsbedingungen akzeptieren, um zu überleben. Die ehemaligen kleinen Bauern, die durch den Boom zu Agrarunternehmern geworden waren, fanden die nötigen Arbeitskräfte unter den Immigranten. Ein enormer Reichtum konnte dank der Ausbeutung der illegalen MigrantInnen geschaffen werden.

Mit dem EU-Beitritt wurde Spanien aber auch zu Europas Aussengrenze und erhielt den Auftrag, MigrantInnen ohne Schengen-Visum von Nordeuropa fernzuhalten. Spanien, eben noch selbst Emigrationsland, wurde zum Immigrationsziel. Als das Land im Jahre 1991 die Schengen-Verträge unterschrieb und die Visumpflicht für seine südlichen Nachbarn einführte, nahm die illegale Immigration sprunghaft zu.

Obwohl die Preise für das andalusische Gemüse in den Supermärkten tief sind, zahlt Spanien an Ort und Stelle einen hohen Preis: Eine zerstörte Landschaft; Wasserreserven, die aufgebraucht sind; eine Luft, die von „Pflanzenschutzmitteln“ verpestet ist. Und vor allem, zum Preis von

schlechtesten Arbeitsbedingungen für Zehntausende von ImmigrantInnen. Niemand weiss, wie viele es sind. Man redet von 70'000 Menschen, wovon wahrscheinlich die Mehrheit sich „illegal“ aufhält.

„Illegale“ schaffen den Reichtum

Anfänglich kamen die meisten ImmigrantInnen aus Marokko und anderen afrikanischen Ländern, heute sind unzählige Nationalitäten vertreten, auch aus Osteuropa und Lateinamerika. Die Löhne liegen in der Praxis viel tiefer, als sie in den Kollektivverträgen vorgeschrieben sind; Überstunden werden meistens nicht bezahlt; Schutzmassnahmen gegen gesundheits-schädliche Pflanzenmittel gibt es kaum. Viele gehen jeden Tag auf den „Arbeitsstrich“: sie warten an bestimmten Plätzen, wo die Unternehmer vorbeikommen und die gewünschte Anzahl Arbeiter für den täglichen Bedarf abholen. Wer lange ohne Arbeit bleibt, überlebt nur dank der Hilfe seiner Kollegen. Sie wohnen im besten Fall in überfüllten und teuer bezahlten Wohnungen, oft aber in selbstgebastelten Plastikverschlügen zwischen den Gewächshäusern, ohne Wasser und Strom, weit von der Stadt entfernt. Mit der Lokalbevölkerung gibt es kaum Kontakte, und wenn die Amtspersonen die Ausländerfeindlichkeit schüren – wie es z.B. der Bürgermeister von El Ejido aktiv tut –, wird nichts getan, um sie zu bekämpfen. Denn allzu viele profitieren von einem System, in dem die ImmigrantInnen als „Untermenschen“ behandelt werden. Überfälle und rassistische Übergriffe sind häufig, nicht nur von Seiten der Polizei, und jedes Jahr sterben mehrere MigrantInnen unter meistens ungeklärten Umständen. Äusserst selten wird von der Justiz jemand angeklagt oder verurteilt. Der Rassismus ist Teil dieses Wirtschaftssystems.

El Ejido wurde durch die rassistischen Ausschreitungen im Februar 2000 zum Fanal. Drei Tage lang wurden Arbeiter verfolgt, unter den Augen der passiven Polizei misshandelt, Kaffeehäuser und Läden zerstört sowie Unterkünfte verbrannt. Die Immigranten setzten sich danach mit einem Streik zur Wehr. Dies kam die Unternehmern teuer zu stehen, weil im Februar Haupterntezeit für Tomaten und Gurken ist. Ihre Vertreter mussten sich mit den Immigranten an einen Tisch zu setzen und direkt verhandeln. Vieles wurde versprochen: Aufklärung über die Anstifter des Pogroms und deren Verurteilung, Wiedergutmachungen wegen Verletzungen oder zerstörtem Eigentum, Umsiedlung der Immigranten in Sozialwohnungen – sechs Jahre danach ist nichts davon realisiert.

SOC – Selbstorganisation der Wanderarbeiter

Durch die dramatischen Ereignisse in El Ejido wurde die andalusische Landarbeitergewerkschaft SOC (Sindicato de Obreros del Campo) auf die Situation in der Provinz Almeria aufmerksam. Bis dahin hatte sie wenig

mit den Problematiken der Immigration in Spanien zu tun gehabt. Ihre spanischen Mitglieder arbeiten vor allem in den andalusischen Provinzen der Oliven und Zitrusfrüchte und als Emigranten in französischen Weingebieten. Gegründet nach dem Tod von Franco (1975), hat die SOC durch Landbesetzungen, Streiks, Demonstrationen und oft darauffolgende Gerichtsverfahren ihren Forderungen, u.a. nach einer Landreform zum Vorteil der Landlosen, Nachdruck verliehen und einiges erreicht (z.B. das Recht auf Arbeitslosenunterstützung). In den Provinzen wie Sevilla, wo die SOC stark ist, sind die Kollektivverträge besser als anderswo und werden bis jetzt wegen der permanenten Wachsamkeit der SOC auch eingehalten.

Nach den Ausschreitungen in El Ejido begannen sich ausländische ArbeiterInnen der SOC anzuschliessen. Die SOC, die einzige Gewerkschaft, die sich für die ImmigrantInnen einsetzte, wurde unter ihnen daher rasch bekannt. Neben der SOC hatten nur wenige Organisationen – vor allem die Frauenorganisation *Mujeres Progresistas* – den Mut dazu, die ImmigrantInnen zu unterstützen und sich mit ihnen zu solidarisieren. Man warf ihnen deswegen Verrat vor, sie wurden angegriffen und beschimpft und von den Behörden durch das Zurückziehen von Subventionen sabotiert.

Das Schweigen brechen

Das Europäische BürgerInnenforum EBF, eine Organisation, die auch in der Schweiz tätig ist, hatte seit vielen Jahren Kontakt mit der SOC. Sie schickte im April 2000 eine internationale Beobachterdelegation nach El Ejido, hatte danach einen Bericht über die Ereignisse ausgearbeitet (CEDRI 2001) und eine europaweite Solidaritätskampagne gestartet, um die SOC zu unterstützen. Vordringlich ist der Erwerb von Gewerkschaftslokalen als Informations- und Treffpunkte, wo ArbeiterInnen aller Nationalitäten ungestört zusammenkommen können. Heute hat die SOC Gewerkschaftslokale in der Stadt Almeria und El Ejido, und sie ist daran, ein neues Lokal in der Stadt Nijar zu eröffnen. An deren Finanzierung haben sich Organisationen wie der SOLIFONDS und viele Einzelpersonen, auch aus der Schweiz, beteiligt.

Die SOC muss sich um viele Probleme gleichzeitig kümmern: Hilfe in sozialer und rechtlicher Hinsicht leisten, die ArbeiterInnen individuell und kollektiv gegenüber Unternehmern, Polizei und Behörden verteidigen, kollektive Forderungen aufstellen und für deren Realisierung kämpfen. Durch ihre Präsenz im Plastikmeer konnte das Schweigen über die Zustände dort durchbrochen werden. Viele internationale Delegationen, Journalistinnen, Filmemacher und Photographinnen sind gekommen und haben darüber berichtet. Kampagnen gegen Übergriffe an ImmigrantInnen wurden geführt und eine öffentliche Debatte über die Frage „Welche Landwirtschaft zu welchem Preis?“ ist in Gang gekommen.

Während der letzten 15 Jahre durchquerten viele afrikanische Immigranten auf dramatische Weise die Sahara, um nach Marokko und von dort weiter nach Europa zu gelangen. Einige versuchten, in die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla hineinzukommen. Zehntausende sind in kleinen offenen Motorbooten über die Meerenge von Gibraltar gefahren. In jeder *Patera* fanden jeweils zwischen 15 und 30 Passagiere Platz. Die Strecke von etwa 100 km ist gefährlich. Die Gewässer Gibaltars wurden für Tausende zum Friedhof. Hochmodern ausgerüstete Polizeipatrouillen und effiziente Radarsysteme machen es heute möglich, die Immigranten frühzeitig, das heisst in den internationalen Gewässern, abzufangen und zurückschieben.

Um den Kontrollen auszuweichen, sind neue und immer gefährlichere Reiserouten entstanden: Einerseits von Marokko oder Libyen aus nach dem südöstlichen Teil Spaniens (Almería, Murcia) oder nach Süd-Italien. Andererseits direkt von Senegal, Mauretanien oder der West-Sahara (Marokko) über den Atlantik nach den Kanarischen Inseln. Eine Seereise von zehn Tagen und mehr als 1'000 km Länge, mit nur wenig Essen und Trinken an Bord, ist keine Seltenheit. Die offenen *Cayucos* nehmen bis zu 100 Personen auf. Für sie kommt die Überfahrt einem russischen Roulette gleich. Man rechnet damit, dass etwa 40 Prozent der Boote, die von Mauretanien oder Senegal aus ablegen, Schiffbruch erleiden.

ImmigrantInnen im Tauschhandel

Die europäischen Regierungen führen harte Verhandlungen mit den Herkunftsländern, um zu erreichen, dass sie effiziente Massnahmen ergreifen, um der Emigration Einhalt zu gebieten und um die Grenzen zwischen den afrikanischen Ländern abzuriegeln. Sie finanzieren Kontrollsysteme, bilden moderne Polizeikräfte aus und versuchen Rückführungsabkommen abzuschliessen. Die meisten der Herkunftsländer sind schwache Verhandlungspartner. Sie haben wenig Druckmittel. Wie es kürzlich der französische Innenminister, Nicolas Sarkozy, auf einer Reise nach Afrika ausdrückte: „Frankreich braucht Afrika nicht.“ Frankreich ist kein Einzelfall.

So versuchen die afrikanischen Regierungen, sich so teuer wie möglich zu verkaufen, ohne das Gesicht zu verlieren. Die europäischen Regierungen ihrerseits müssen es ihren BürgerInnen glaubhaft machen, dass die Härtepolitik Früchte trägt. So liess die spanische Regierung im Oktober verlauten, dass sie innerhalb von sechs Wochen 5'000 Afrikaner nach Senegal zurückgeschickt hatte. Es waren nicht nur Senegalesen, sondern auch Afrikaner, die von Senegal aus die Reise nach Europa angetreten hatten. Etwa gleichzeitig gab der Regierungschef in Senegal bekannt, dass 300 – dreihundert! – junge SenegalesInnen bald legal nach Spanien einreisen dürften. „Wir werden sie auswählen, um sicher zu stellen, dass sie die richtigen Profile aufweisen. Die Emigration muss gut organisiert sein, um unseren Vertragspartner nicht zu stören,“ sagte er.

Europa verspricht Entwicklungshilfe. Diese muss in „moderne Strukturen“ investieren, hört man, „um den jungen Leuten Zukunftsperspektiven zu geben“. Zum Beispiel in Marokko, wo Zehntausende gut ausgebildete Menschen keine Arbeit finden. In den öffentlichen Sektor wird nicht investiert. Stattdessen sind Investoren gesucht, um die grossen Ländereien, die früher der Krone gehörten, für die Privatwirtschaft zu erschliessen. Wo neue Staudämme gebaut werden, müssen die Bauern weichen, die früher kleine Höfe in Selbstversorgung bewirtschafteten. Im Rahmen der zukünftigen Freihandelszone im Mittelmeerraum wird Marokko in einigen Jahren unbeschränkt Gemüse nach Europa liefern können. Für die europäischen Unternehmer lohnt es sich zu investieren. Schon jetzt produzieren Firmen aus Südspanien und Südfrankreich Tomaten und Erdbeeren unter der Sonne Marokkos, mit lokalen Arbeitern. Die Produktionskosten sind traumhaft niedrig.

Die Küstenländer Marokko und Libyen werden zunehmend zu Wachhunden Europas. Marokko muss unbedingt seinen guten Ruf als „Zulieferer von (nur marokkanischen) Arbeitskräften“ bewahren und setzt sich dafür ein, die Afrikaner aus dem Süden von Europa fernzuhalten. „Noch nie war die Zusammenarbeit unserer Geheimdienste so eng“, jubeln spanische und marokkanische Behörden. Wegen grosser – für Europa sehr attraktiver – Erdölreserven ist Libyens Oberst Khadafi jetzt salonfähig geworden. Sein Land, Immigrationsziel und Durchreiseland zugleich, unterhält enge politische und wirtschaftliche Beziehungen mit anderen afrikanischen Staaten. Als Gegenleistung für hochmoderne Erdöltechnologie aus Europa verspricht Khadafi, Auffanglager einzurichten und harte Massnahmen gegen die durchreisenden Immigranten zu ergreifen. Dass die Afrikaner in diesen beiden Ländern skrupellos und brutal behandelt werden, liegt zwar nicht in direkter Verantwortung Europas, aber missachtet die Menschenrechte.

Neue Kurzzeitstatuten, die Illegalen und prekäre Legalität

Aber zurück zu Europa. Versucht man die Immigration zu unterbinden, muss man der Wirtschaft helfen, legale Arbeitskräfte zu finden, die fast so billig und willig sind wie die Illegalen, die aber auch dem Staat Einnahmen bringen. Eine Reihe neuer Statuten für das temporäre Einstellen von MigrantInnen sollen die Vorteile der Illegalität mit denen der Legalität vereinen.

In Frankreich heissen sie *OMI-Verträge (Office des Migrations Internationales)*, in Spanien *Contratos en origen* und in der Schweiz ist das bekannte Saisonier-Statut durch noch weniger vorteilhafte Kurzzeitverträge ersetzt worden. Diese Verträge basieren auf bilateralen Abkommen zwischen Ursprungsland und Empfangsland. Die ArbeiterInnen werden für eine bestimmte Aufgabe rekrutiert, und die Unternehmer lassen sich in

den Herkunftsländern von staatlichen Organen, ihren eigenen Repräsentanten oder von privaten Zulieferern vertreten. Manche privaten Rekrutierungsagenten machen daraus ein lukratives Geschäft.

Die KandidatInnen müssen gewissen Kriterien entsprechen. Beispielsweise sollen Frauen aus Polen, Rumänien oder Marokko, die für die Erdbeerernte in Spanien gesucht werden, jung und robust sein, um effizient zu pflücken, und Mann und Kinder zuhause haben, damit sie nachher motiviert sind, sofort ins Heimatland zurückzukehren. Die ArbeiterInnen unterschreiben die Verträge vor der Abfahrt, sind an einen einzigen Unternehmer gebunden und können legal keine andere Arbeit annehmen, auch wenn der Unternehmer sie zeitweise nicht braucht.

Sie kommen als SaisonarbeiterInnen, aber eine „Saison“ kann, laut Gesetz, bis neun Monate dauern. Die Erdbeerarbeiterinnen in Spanien setzen während zwei Wochen im Herbst die Pflanzen, dann muss gewartet werden. Die Ernte fängt im Februar an und dauert bis Ende Mai. Während drei Monaten gibt es also nichts zu tun. Das Essen, die Wohnung – die oft dem Unternehmer gehört – und die Sozialabgaben müssen die ArbeiterInnen trotzdem zahlen, auch wenn sie nie von der Arbeitslosenkasse und von der Altersrente profitieren werden. In dieser aufgezwungenen beschäftigungslosen Zeit ist nur Schwarzarbeit oder illegale Tätigkeit, wie z.B. Prostitution, möglich. Die Unternehmer, ihrerseits, helfen sich gegenseitig aus, indem sie „ihre Arbeiter“ untereinander vermieten – auch alles illegal. Viele der ArbeiterInnen kehren nach beendeter Saison mit leeren Taschen heim.

Die illegal anwesenden Afrikaner werden durch die Kurzzeitverträge arbeitslos. Man braucht sie aber dennoch, um die legalen ArbeiterInnen in Schach zu halten. Die Illegalen werden dann gerufen, wenn es sehr viel zu tun gibt, und der Unternehmer keine Überstunden zahlen will oder daran erinnert, dass, wer arbeiten will, die Bedingungen zu akzeptieren habe, weil es genug Illegale gibt, die zu noch schlechteren arbeiten. Ohne illegale Reservearmee funktioniert die prekäre Legalität kaum.

In Frankreich liegt die Zahl der OMI-Verträge seit vielen Jahren bei etwa 10'000 jährlich. In Spanien, wo die Produktion von Obst und Gemüse viel grösser ist, wurden die *Contratos en origen* oder Herkunftsverträge im Jahre 2001 zum ersten Mal angewendet und seither wird die Quote jedes Jahr erhöht; für das Jahr 2006 waren es bereits 70'000 Einzelverträge. Spanien unterhält bilaterale Abkommen mit sieben Ländern in Osteuropa, Lateinamerika und Nordafrika. Anfänglich kamen viele Saisonarbeiter aus Polen, dann eher aus Rumänien und im Herbst 2006 ging das Gerücht, dass die Quoten aus Marokko erhöht werden müssen, weil es „Probleme mit dem Personal aus Ost-Europa“ gebe. Für die Unternehmer liegt der grosse Nachteil der legalen Verträge darin, dass die ArbeiterInnen trotz allem weniger Hemmungen haben, sich zu wehren. Sicher ist auch, dass weisse, katholische OsteuropäerInnen viel schneller von der Lokalbevöl-

kerung akzeptiert oder zumindest in Ruhe gelassen werden als die Afrikaner. Ausserdem ist es für sie viel leichter, in der „Schattenwirtschaft“ unauffällig unterzutauchen.

Lohnunternehmen, Capos-System, legalisierte Kriminalität

Für einen Unternehmer, der noch billiger produzieren will, ohne sich um allerlei Formalitäten oder um „seine“ Arbeiter kümmern zu müssen, gibt es noch andere Möglichkeiten. Alle europäischen Gesetzgebungen fördern heute „Lohnunternehmen für temporäre Dienstleistungen“. Es sind Firmen, oft von Ausländern mit Aufenthaltsrecht im jeweiligen Land gegründet oder im Ausland registriert, die ihre Landsleute den Produzenten vermitteln. Die ArbeiterInnen sind entweder schon an Ort und Stelle oder sie werden aus dem Heimatland abgeholt. Die Grauzone zwischen legal und illegal ist dabei gross. Auch wenn das Unternehmen für die jeweilige Aufgabe Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis eingeholt hat, muss dies nicht unbedingt für jeden einzelnen Arbeiter der Fall sein. Im Vertrag zwischen Subunternehmer und Produzent wird nur Arbeitsaufgabe, Zeitraum und Globalpreis festgelegt. Die Anzahl und den Lohn der ArbeiterInnen legt der Subunternehmer fest. Er zieht Sozialabgaben, Administrationskosten sowie Transport und Verpflegung von den Löhnen ab. Der Produzent hat alle Verantwortung für die ArbeiterInnen abgegeben. Sind sie illegal im Lande, muss er das nicht wissen. Geht das Subunternehmen Konkurs, was leicht passieren kann, da die Konkurrenz gross ist, muss er den ArbeiterInnen nichts zahlen. Und gerade wegen dieser Konkurrenz kann er günstige Bedingungen aushandeln und die Arbeitskosten noch mehr drücken.

Durch die Reportage eines italienischen Journalisten (Gatti, 2006), der sich als Tagelöhner ausgegeben hatte, wurde vor kurzem der Öffentlichkeit bekannt, wie illegale MigrantInnen im italienischen Mezzogiorno von kriminellen Capos ausgebeutet werden. An der Küste Süditaliens stranden viele Afrikaner, welche die Überfahrt des Mittelmeers überlebt haben. Auch OsteuropäerInnen suchen heute Arbeit bis dorthin. Hier werden auf grossen Gütern unter anderen Gemüsesorten Freilandtomaten für die Konservenindustrie produziert. Weil polnische Familien keine Nachrichten mehr von ihren Angehörigen erhielten, nahmen sie Kontakt mit polnischen Vertretern in Italien auf. Diese haben in den Ruinen verlassener Dörfer Ausländer-Ghettos gefunden, wo die Menschen in extremer Not unter der Herrschaft der Capos leben. Versucht jemand zu entkommen, ist physische Gewalt bis hin zum Totschlag scheinbar keine Seltenheit. Die Capos sind mit der Camorra aus Neapel verbunden und rekrutieren ArbeiterInnen für die verschiedenen Ernten in ganz Süditalien, früher vor allem Menschen aus der Lokalbevölkerung, heute unter den illegalen MigrantInnen. Die Gemüseflächen sind nicht so gross wie in Almeria, aber italienisches Obst und Gemüse kann im internationalen Konkurrenzkampf mithalten.

Das Capo-System ist äusserst brutal und völlig illegal. Es gibt nicht vor, irgendeine Legalität oder irgendwelche Menschenrechte respektieren zu wollen, wie es bei den gewöhnlichen Subunternehmen der Fall ist. Die Subunternehmen, wie die Kurzzeitverträge insgesamt, gehorchen aber der gleichen Logik wie derjenigen des Capo-Systems: Die ArbeiterInnen sind der totalen Willkür des „Arbeitgebers“ unterworfen. Will der „Arbeitgeber“ im halsbrecherischen Konkurrenzkampf mithalten, wird er alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel ausnützen, um seine Position zu verteidigen. Die Gesetze machen es ihm leicht, verbrecherisch vorzugehen und doch nicht als Krimineller zu gelten. Die moderne hochspezialisierte Lebensmittelproduktion, noch immer Landwirtschaft genannt, dient als Labor für moderne und effizientere Formen der Ausbeutung, in der der Mensch als Arbeitskraft ausgesaugt wird und als einzelner keinen Wert mehr hat.

Man kann resigniert feststellen: Der Kapitalismus ist sowieso nur legalisierte Kriminalität, da kann man gar nichts dagegen tun. Aber es ist unmöglich, Grenzen hermetisch zu schliessen, und genauso ist es unmöglich zu verhindern, dass Menschen sich wehren: Kleinbauern, in der Schweiz oder in Marokko, legale oder illegale Landarbeiter, in Spanien oder Südfrankreich oder auch BürgerInnen in der Schweiz, die nicht kopflose Konsumenten sein wollen. Also was tun? Bei den Nachbarbauern einkaufen gehen! Illegale MigrantInnen im Lande unterstützen und schützen! Sich an dem Widerstand gegen den Gesetzesvorschlag der AP 2011 beteiligen! Sich den Solidaritätsaktionen mit den Landarbeitern anschliessen! Und vor allem: Die Grenzen sprengen!

Anmerkungen

AFVIC-Info (Association des familles et victimes de l'immigration clandestine)

programme-migrants@samizdat.net

PICUM-Newsletter (Platform for International Cooperation on Undocumented Migrants)

www.picum.org/ administration@picum.org

Literatur

Archipel, Monatsheft des Europäischen BürgerInnenforums, diverse Nummern, Basel

Berichte mehrerer Delegationen vor Ort. 2000 – 2005

Europäisches BürgerInnenforum/CEDRI, 2001: El Ejido – Anatomie eines Pogroms, Basel

Dies., 2004 : Bittere Ernte, Basel

Gatti, Fabrizio, 2006: Io schiavo in Puglia. Espresso, 7. settembre, Milano